

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien
Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschaftler, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Abonnement für den Monat frei Haus 2 RM. (Halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden-21 / Geschäftsstelle und Expedition: Adressbuchpoststr. 2 / Fernsprechnummer 14191 / Postfachkonto Dresden Nr. 23333, Carl Schlegel-Straße 2 / Dresden-21, Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17 299 / Drahtnachricht: „Arbeiterstimme“ Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

2. Jahrgang

Montag, den 17. Mai 1926

Nummer 112

Die Rote Front beherrscht die Straße

Klaglicher Verlauf der nationalen Demonstration

Berlin, 17. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Demonstration der internationalen Verbände am gestrigen Sonntag wurde zu einem stillen Fiasko der Monarchisten. Die Stoßtrupp der monarchistischen Staatsstreiks konnten nur ganz geringfügige Anmerkungen und Züge bilden. Neben den uniformierten Monarchisten und den verbotenen Organisationen Olympia und Wehrsport in geschlossenen Abteilungen mit ihren Fahnen erschienen nur noch wenige Einzelpersonen, meist alte Frauen und Kinder. Die Parade konnte jedoch die arbeitende Bevölkerung nicht erreichen, da sie sich in unerschütterlicher Weise verweigerte, da sie vielfach in weiteren Schutzbündeln als sie selbst waren, gestellt erschienen. Als die Monarchisten in die Arbeiterviertel kamen, zählten sie kaum.

Die prägnanten Parolen der Monarchisten wurden mit Wuchersätzen beantwortet und die „Internationale“ übertrug die monarchistischen Gesänge. Aus den Fenstern wurden rote Fahnen geschwenkt. Weiter den Rebellern waren auffallend viele Mitglieder der SPD und des Reichsbanners. Die Schupo des Sozialdemokratischen Grenzschutz ging mit unerschütterlicher Brutalität gegen die Arbeitermassen vor. Von monarchistischen Offizieren des Reichsbanners wurden teilweise die Mannschaften immer wieder aufs neue zu größter Rücksichtslosigkeit an. Die kommunistischen und aufgestellten Seitengewehre wurde gegen die Arbeiter vorgegangen. Zahlreiche Personen wurden verletzt, unerschütterlich der unerschütterlichen Verhafteten. Bei den kommunistischen Polizeiausschreitungen soll eine Frau so schwer mit dem Gewehrschuss getroffen worden sein, daß sie ihren Verletzungen erliegen ist. Eine offizielle Bestätigung dieser Nachrichten liegt noch aus. Bis zum späten Abend wurden im Volkspark 23 Verhaftete festgehalten, darunter eine Frau.

Der bürgerliche „Montag-Morgen“ schreibt über die monarchistische Demonstration: „Die reichlich aufgebotene Polizei blies den Zügen in Ostankos und die Häuser der Nationalen einen mehr oder weniger, die auf einer Kasse zusammengestellt wurde, als nachfolgende Demonstrationen. Auf die Parolen, die den Reichsbanner zu sagen, hat der größte Teil der Stadt völlig ruhig. Die Schamlosigkeit bleibt bei, daß die Reichsbanner in Berlin die Straße Berlins verloren haben.“

Die „Dresdener Nachrichten“, das Blatt der Monarchisten in Dresden, gibt jähnelnützlich die vollständige Niederlage zu.

„Die Demonstrationen gewährten ein eigenartiges Bild. In beiden Seiten und an der Spitze der Züge, namentlich aber in der Nähe der Postkassen, marschieren die Rote Front-Bundente, und sobald die Rote Front intonieren, stimmt die Gegenpartei die „Internationale“ an. Die Demonstrationen antworteten mit ausländischen Reden und „Niederlassen“ auf die „Internationale“, worauf von den Kommunisten das Echo kam: „Nieder mit den Fäusten“, „Nieder mit der Reaktion“... Je nach der Stadtgegend wurden... die Kommunisten auch durch Zurufe von Postanten und aus den Häusern unterstützt.“

Die Fürstentum haben eine Abfrage erhalten. Jetzt gibt es, die Massen des Proletariats zusammenzuschließen. Eine Front, ein Block der Arbeiter muß die froh werdende Gesellschaft wieder in die Reihen führen.

Die Gefahr ist nicht vorüber. Wir berichten an anderer Stelle von dem Aufmarsch an der thüringischen Grenze. Wir berichten über die Anweisung an Marx, das alte Kabinett weiter zu führen. Putschverbände und Regierung arbeiten ununterbrochen zusammen, um die Reaktion zu festigen. Die Gegenrevolution rüht zum Schlag. Die Arbeiterschaft darf nicht zulassen, sie darf nicht zurückbleiben mit dem Eingriff Severings, nicht sich zurückgeben mit dem klaglichen Verlauf der Aushebung der Fäusten.

Hierbei haben auch in Sachsen die Führer der SPD, die Einheitsfront der Arbeiter verhindert. Der Wikingbund Sachsen unternimmt einen Versuch, um das Verbot in Sachsen zu verhindern. Er schreibt an den Innenminister, daß er eine unparteiliche Organisation sei. Die Entscheidung des sächsischen Innenministers soll die Grundlage für die Aufhebung des Verbots in Preußen geben. Die Arbeiter verlangen, daß die Fäustlerorganisationen auch in Sachsen verboten werden.

Im übrigen erwarten die Putschverbände auch von der Klassenjustiz Unterstützung. Die „Nachrichten“ verüben zu behaupten: „Endlich vor der richterlichen Justiz!“, nämlich das Aktenmaterial über die sächsischen Verbände. Dieses ist jetzt dem Oberstaatsanwalt Obermeier übergeben. Die nationalsozialistischen Zeitungen erwarten, daß von dort die Wiederherstellung des Verbotens und die Aufhebung des Verbots erfolgen wird. Die Fäustler kennen ihre Richter. Die Justiz steht auf Seiten der Reaktion.

Nur die geschlossene Arbeiterfront kann den weiteren Vormarsch der Reaktion aufhalten.

Bildet in jedem Bezirk Aktionskomitees zur Herbeiführung der einheitlichen Arbeiterfront!

Der Streikabbruch in England

Die Wiedereinstellung des Generalstreiks durch den britischen Generalrat.
Von K. Poline D. H. I.

London, den 15. Mai 1926.

Der Generalstreik ist durch den Generalrat abgebrochen worden. Aber nichts ist geregelt worden.

Der Generalrat hat den Streik abgebrochen, ohne daß irgendwelche formellen Bedingungen von der Regierung zugesichert worden sind. Dies ist gemäß den Vorstellungen der Regierung eine bedingungslose Kapitulation. Die offizielle Feststellung des Generalrates erklärt, daß der Streik abgebrochen wurde, um die Wiederaufnahme von Verhandlungen zu ermöglichen.

Die Bergarbeiter werden allein dem Kampfe überlassen. Die Ausperrung ist noch nicht zurückgezogen worden, obgleich es möglich ist, daß ihre Zurücknahme dem Abbruch des Generalstreiks folgt. Der Sekretär des Bergarbeiterverbandes, Cook, hat im Namen des Bergarbeiterverbandes erklärt, daß die Bergarbeiter zu ihren Stellungen beharren werden. Die außerordentliche Delegiertenkonferenz der Bergarbeiter am Freitag, den 14., wird diesen Taktik festlegen.

Die inoffizielle Grundlage, auf der die „Regelung“ erreicht worden ist, hat sich aus Verhandlungen des Vorsitzenden der Kohlenkommission, Sir Herbert Samuel, mit den Vertretern des Generalrats (mit Ausschluß des Bergarbeiterverbandes) ergeben. In diesen Verhandlungen wurde eine Grundlage für die „Regelung“ erreicht, die von Sir Herbert Samuel in einer Denkschrift zusammengefaßt wurde. Diese Denkschrift lautet:

1. Teilweise Weiterbezahlung der staatlichen Unterhaltungen, um die Wiederaufnahme der Verhandlungen über die Kohlenfrage zu ermöglichen.
2. Ein Reichslohnamt für den Bergbau.
3. Keine Revision der Löhne, die nicht betrieblidende Sicherungen für die Durchführung der Vorschläge der Kohlenkommission in Bezug auf die Reorganisation des Bergbaues vorhanden sind; ein Ausschuss, der Vertreter der Arbeiter einschließt, hat die Durchführung zu überwachen.
4. Erst nach solchen Sicherungen zsm. hat das Reichslohnamt einen neuen Lohnvertrag vorzubereiten, wenn dies unbedingt finanziell notwendig ist.
5. Kein Lohnabbau für die am niedrigsten bezahlten Arbeiter; ein Reichsminibellohn ist festzulegen.

Diese Denkschrift bedeutet keine offizielle Regelung. Sie wurde von den Vertretern des Generalrates als Verhandlungsgrundlage angenommen. Sie wurde aber in keiner Weise von der Regierung formell angenommen. Sie war der Form nach der Vorlage einer privaten Einzelperson, des Sir Herbert Samuel, der versprach, diesen Vorschlag der Regierung zu empfehlen. Ohne Zweifel mag es dabei private und geheime „Verhandlungen“ gegeben haben. Der Form nach aber hat die Regierung keine wie immer geartete Zusage angenommen. Als sich die Vertreter des Generalrats zur Regierung begaben, um die Aufkündigung der Abberufung des Generalstreiks zu sammeln und die Forderung zum Ausdruck zu bringen, daß die Regierung irgendeine ihre wohlwollenden Absichten einer Regelung verkünde, um die Wirkung der Kapitulation zu mildern, antwortete der Ministerpräsident: einfach, daß er vor einer Beratung mit dem Kabinett feierlich Beschlüsse bekanntgeben konnte.

Die Regierung konnte die unbedingte Kapitulation, die sie erzielt hatte, für sich ausmerzen. Auf diese Weise sicherte sich die Regierung vom Generalrat nicht nur den unmittelbaren materiellen Sieg (denn der eventuelle Lohnabbau für die Bergarbeiter ist das Wesen der Denkschrift), sondern auch den formellen Sieg (bedingungslose Kapitulation), dem es, als dem Symbol eines schmerzhaften Siebes gegen die ganze Arbeiterbewegung, sogar noch größere Bedeutung beimaß.

Der Abbau der Bergarbeiterlöhne ist das wesentlichste der Denkschrift Samuels, die nur die Schluß des Berichtes der Kohlenkommission wiederholt und außerdem die Bergarbeiter mit einem Reichslohnamt beglückt, in dem die Bergarbeiter nur durch eine Wucherheit vertreten sein werden. Die Bergarbeiter haben aber gleich der gesamten Arbeiterbewegung und gleich jedem Führer des Generalrats die Verpflichtung auf sich genommen, keinen Abbau der Bergarbeiterlöhne zuzulassen. Die Frage ist daher nur verhängt. Die Frage des Lohnabbaus wird wieder aufgestellt werden, und wieder wird es sich um Kampf oder Kapitulation der Bergarbeiter und der anderen Arbeiter handeln. Aber die Führer des Generalrats haben durch die Annahme der Denkschrift Samuels und durch die Annahme einer Regelung auf der Grundlage des Berichtes der Kohlenkommission und des Reichslohnamtes von vornherein die Stellung der Bergarbeiter preisgegeben und eine Regelung auf einer Grundlage gemacht, durch die die Bergarbeiter im Stich gelassen werden. Die Bergarbeiter werden entweder allein oder

Diktator Marx

Hindenburgs Drohungen

Berlin, 15. Mai. Reichspräsident von Hindenburg empfing heute den Reichswehrminister Dr. Geßler zur Besichtigung über seine Fühlungnahme mit dem Oberbürgermeister Dr. Wenzner und seine anschließende Rede mit dem Reichspräsidenten der Reichspräsidenten Reichsregierung. Im Laufe des Abends richtete der Reichspräsident an den Reichsjustizminister Dr. Marx das nachstehende Schreiben:

„Sehr verehrter Herr Reichsjustizminister! Aus den Berichten, die ich von mir mit der Klärung der politischen Lage bekannte Reichswehrminister Dr. Geßler wie erstattet hat, habe ich ersehen müssen, daß eine Veränderung der parteipolitischen Verhältnisse und Zusammenfassung entweder überhaupt nicht, oder nur nach langwierigen, im Erfolgs zweifelhaften Verhandlungen erreicht werden könnte. Eine solche lange Regierungskrise verträgt aber die gegenwärtige Lage des Reiches nicht. Es erscheint daher zur Überwindung der gegebenen Schwierigkeiten und zur Lösung der vor uns liegenden Aufgaben notwendig, daß die bisherige Reichsregierung ihre Tätigkeit unter neuer Führung forsicht und ich bitte Sie daher, Herr Reichsjustizminister, als das älteste Mitglied der Reichsregierung und als Vertreter der größten in ihr enthaltenen Partei, das Amt des Reichsjustizministers zu übernehmen. Mit der Übertragung meiner ausgereinigten Hoheitsgewalt bin ich Ihnen ergeben.“

gez.: von Hindenburg.
Herr Reichsjustizminister Marx hat sich seine Entschliessung bis morgen mittag vorbehalten.

Marx nimmt an

Berlin, 17. Mai. (Telunion.) Reichsjustizminister Dr. Marx hat gestern abend gegenüber dem Reichspräsidenten erklärt, daß er das Amt übernehmen werde.

Berlin, 17. Mai. (Telunion.) Die Sitzung der Zentralverwaltung des Reichstages war gegen 8:30 Uhr abends beendet. Die Fraktion schloß, den Reichsjustizminister Dr. Marx zu ernennen, dem Marsch des Reichspräsidenten zu folgen und das Amt des Reichsjustizministers zu übernehmen. Dr. Marx begab sich sofort nach Beendigung der Fraktionssitzung zum Reichspräsidenten, um ihm den Beschluß der Zentralverwaltung mitzuteilen.

Hindenburg will nicht einen Abchnitt zum Staatspräsidenten nach dem anderen. Die Lage verträgt keine Verhandlungen, daß sie die

offene Drohung mit dem Artikel 48. Statt Luther führt der Reichspräsident Marx das Kabinett. Das Kabinett bleibt das alte. Das Kabinett des Fürstentums, des abgeleiteten Volksrechts. Der Reichspräsident und der schwarz-weiß-rote Fäustler bleibt bestehen.

Die Arbeiterschaft muß den Ernst der Lage erkennen. Weit größerer Gefahr wie von den sächsischen Verbänden droht dem Proletariat durch die Monarchisten in der Regierung. Die Fäustler erlangen erst dadurch eine Bedeutung, daß sie von den Führern der Republik unterstützt, daß sie zur Unterstützung der Staatsstreikabteilungen der Reichsregierung herangezogen werden. In der thüringischen Grenze marschieren die nationalsozialistischen Verbände auf, in Südhannern und Nordbayern hält die Reichswehr ihre Redungen ab. Nach Suhl werden monarchistische Streiktruppe geschickt.

Die Gegenrevolution mobilisiert. Die kommunistische Partei hat den Arbeitern die Gefahren schon lange gezeigt. Immer wieder hat die KPD, die Einheitsfront der Arbeiter gegen die Reaktion gefordert. Von den Führern der SPD und des ADGB, entziehen die Kommunisten nur Spott und Hohn.

Jetzt ist es an der Zeit, ernsthaft das Verlaßwort nachzuhalten. Wie in Suhl die Arbeiter die Einheitsfront gebildet, müssen überall die Arbeiter zusammenkommen um den Block der Arbeiter gegen die Monarchisten zu schließen.

- Schlus mit dem Vordringen der Reaktion!
- Schärfer gemeinsamer Kampf gegen die monarchistische Reaktion!
- Auflösung der Reichswehr, Entmilitarisierung der Polizei!
- Gegen die Unternehmertoffenheit, gegen die kapitalistische Nationalisierung!
- Für die Forderungen der Gewerkschaften!
- Für sofortige Durchführung des Volksentscheids!
- Für Auflösung des Reichstages!
- Für die Arbeiter- und Sozialregierung!

Kommunistenverfolgungen in England

London, 17. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Tätigkeit der Polizei gegenüber der kommunistischen Partei hat sich in den letzten Tagen bedeutend verstärkt. Ständig finden Hausdurchsuchungen in den Zentrals- und Bezirksbüros der Partei statt. 15 Parteigenossen wurden zu Gefängnisstrafen verurteilt und viele andere wurden in Haft genommen.